

Antrag

der Abg. Stephen Brauer, Friedrich Haag u. a. FDP/DVP

Absenkung der Grunderwerbsteuer zur Ankurbelung der Bautätigkeit

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Informationen ihr vorliegen zur Entwicklung der Baupreiskosten (inkl. etwaiger Finanzierungskosten) im Jahr 2022 sowie voraussichtlich in den Jahren 2023 und 2024 (ggf. geschätzt);
2. welche Auswirkungen dies auf die Bautätigkeit in Baden-Württemberg hat bzw. haben wird;
3. welche Auswirkungen dies auf die Mietpreise in Baden-Württemberg hat bzw. haben wird;
4. welche Auswirkungen dies auf die Kaufpreise von Häusern und Wohnungen in Baden-Württemberg hat bzw. haben wird;
5. welche Erwartungen sie für die Zukunft hat für die Höhe der Baupreise, Mieten und Grunderwerbspreise;
6. welche Auswirkungen dies auf die Deckung der Wohnraumnachfrage in Baden-Württemberg haben wird;
7. welche Lehren sie aus der Studie des Instituts für Weltwirtschaft zieht, die nachwies, dass in Ländern mit niedrigerer Grunderwerbsteuer eine höhere Bautätigkeit stattfindet;
8. von welchen Auswirkungen auf die Bautätigkeit und damit auf Angebot und Mietpreisentwicklung sie durch eine Absenkung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 Prozent ausgeht;
9. inwiefern sie Pläne hat, die Grunderwerbssteuer anzupassen oder dies zumindest für sinnvoll für die Schaffung von mehr Wohnraum hält;
10. welche Möglichkeiten sie sieht, durch Anpassungen der Regulatorik auf Landesebene (bspw. eine Entschlackung der Landesbauordnung, eine Absenkung von Anforderungen im Bau oder Einfluss auf das Normungswesen) die Baupreiskosten abzusenken;
11. welche Rolle eine mögliche Neuausweisung von Bauland auf Miet- und Kaufpreise für Wohnungen und Häuser haben kann;
12. welche Rolle eine mögliche staatliche Förderung auf Miet- und Kaufpreise für Wohnungen und Häuser haben kann.

22.05.2023 Brauer, Haag, Dr. Jung, Dr. Schweickert, Birnstock, Bonath, Goll, Haußmann, Heitlinger, Hoher, Dr. Kern, Reith, Dr. Rülke, Trauschel FDP/DVP

Begründung

Laut Aussage des Landesverbands der Freien Immobilien und Wohnungsunternehmen wäre eine Absenkung der Grunderwerbsteuer ein Mittel, um die stark gestiegenen Preise für die Herstellung von Wohnraum abzdämpfen. Einer geringeren Bautätigkeit stehe noch immer eine stärker werdende Nachfrage gegenüber. Eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft Kiel hat letzthin einen Zusammenhang von niedrigerer Grunderwerbsteuer und höherer Bautätigkeit in Deutschland nachgewiesen (Jens Boysen-Hogrefe: „Zum Einfluss der Grunderwerbsteuer auf den Wohnungsneubau in Deutschland“, in: Kiel Policy Brief, Nr. 165, März

2023; herausgegeben vom Kiel Institut für Weltwirtschaft – Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler ökonomischer Herausforderungen).

Der prognostizierte Rückgang der Steuereinnahmen des Landes liege auch am Rückgang bei der Grunderwerbsteuer. Daher muss man nun auf die Verbesserung der Bautätigkeit abzielen.